

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 52677. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Samstag, 7. April 1934

Nr. 81

Gerichtliche Stäupung der „Welt von heute“

Das Urteil wegen der Verleumdung gegen Genossen Katz

Prag, 6. April. Heute fand beim Straf-
kreisgerichte in Prag-Pantrac die Verhandlung
über die Verleumdungssache statt, welche Genosse
Abg. Katz gegen den verantwortlichen Redak-
teur der „Welt von heute“, Dr. Ottomar Kurz,
überreicht hat. Die Verhandlung wurde vom
Obergerichtsrat Anna geleitet. Dr. Ottomar
Kurz, welcher inzwischen die Herausgabe und
verantwortliche Redaktion der „Welt von heute“
niedergelegt hat (seht zeichnet ein Herr Helmut
Legler verantwortlich) war persönlich erschie-
nen und erklärte gleich zu Beginn der Verhan-
dlung, daß er bereit sei, dem Privatkläger Abg.
Katz volle Genugtuung zu leisten. Der Vertreter
des Genossen Katz, Genosse Dr. Schwebel, gab
hierauf die Bedingungen bekannt, unter welchen
Genosse Katz bereit wäre, von der weiteren Straf-
verfolgung des Dr. Kurz Abstand zu nehmen un-
ter Vorbehalt der Verfolgung des Urhebers des
Artikels. Diesbezüglich hat nämlich der Sohn des
Karlbadener Steppdeckenfabrikanten Fjörnberg,
Herr Louis Fjörnberg, nachdem durch Erhe-
bungen bei der Fallenaauer Polizei und Gendar-
merie sowie nach dem Ergebnisse der Prager
Gausdurchsuchung feststand, daß er an der Sache
beteiligt sei, in einer Zuschrift an unser Karls-
bader Bruderblatt zwar zugegeben, daß er dem
Blatte „Welt von heute“ Informationen erteilt
hat, aber geltend, der Autor des verleumderi-
schen Artikels zu sein.

Das Gericht fällt nun folgende Ent-
scheidung:

Der Beschuldigte, Dr. Ottomar Kurz, hat zu
Gunsten des klägerischen Anwaltes eine
Geldbuße von Kč 800.— für wohl-
tätige Zwecke, u. zw. für die Fürsorge für
Arbeitslose zu erlegen. Dr. Kurz hat ferner
in der „Welt von heute“ auf der ersten
Seite links oben, im gleichen Druck wie der

erste Artikel erschienen war, binnen acht
Tagen die nachstehende Erklärung zu ver-
öffentlichen:

Erklärung

Zu dem in Nummer 4 unserer Zeit-
schrift „Die Welt von heute“ am 21. März
1934 unter der Überschrift „Nach Jajidel
— Katz? Nicht dementierte Gerüchte im
Egerlande“ veröffentlichten Artikel, in wel-
chem behauptet worden ist, daß Gerüchte
darüber kursieren, daß Abg. Katz 1/2 Mil-
lionen Arbeitergelder veruntreut hat, erklä-
ren wir, uns davon überzeugt zu haben,
daß diese von uns verbreiteten Gerüchte
jeglicher Grundlage entbehren und vollkom-
men gegenstandslos sind. Wir konstatieren,
daß Herr Abg. Katz überhaupt nicht Mit-
glied des Revierrates oder einer Korpora-
tion ist, welche große Beträge von Arbeiter-
geldern verwalten, und führen an, daß die
obigen Gerüchte sofort von den kompetenten
Stellen dementiert worden sind.

Mit Rücksicht darauf widerrufen wir
alle beleidigenden Behauptungen, welche sich
auf Herrn Abg. Franz Katz beziehen, mit
dem Ausdruck des Bedauerns darüber, daß
es zur Veröffentlichung gekommen ist, und
leisten ihm hiemit volle Genugtuung.

Die Redaktion der Zeitschrift
„Die Welt von heute“.

Die Erklärung ist ferner auf Kosten des
Beschuldigten in „Sozialdemokrat“ resp.
„Volkswille“ zu veröffentlichen und die „Welt
von heute“ hat schließlich die gesamten Kosten des
Strafverfahrens, einschließlich der Kosten der
rechtsfreundlichen Vertretung des Genossen Katz
zu erlegen.

von heute“ gegenüber erklärt hat, er habe mit
Katz über die Sache schon am Samstag gespro-
chen. Diese Mitteilung hat Oberwachmeister Karl
Kopper in Fallenaau dem Herrn Louis
Fjörnberg nicht gemacht. Die entgegenstehende
Behauptung des Herrn Fjörnberg, der „Welt von
heute“ und dieser Verächtigung ist unwahr. Ober-
wachmeister Karl Kopper hat vielmehr dem
Fjörnberg das gerade Gegenteil dessen gesagt, was
dann in der „Welt von heute“ erschienen ist,
nämlich, daß die Gerüchte, über welche Fjörnberg
eine Auskunft haben wollte, un wahr seien
und unwahr sein müssen.

Die zweite Verächtigung hat folgenden
Wortlaut:

Presseberichtigung

des Artikels „Heraus mit der Sprache“ in Nr.
72 vom 27. März 1934, der Zeitung „So-
zialdemokrat“.

Es ist unwahr, daß ein Berichterstatter
des „Prager Tagblatt“ in der „Welt von
heute“ einen Bericht unter dem Titel „Nach
Jajidel Katz? Nicht dementierte Gerüchte im
Egerlande“ erstattete. Wahr ist vielmehr, daß
dieser Bericht vom eigenen Berichterstatter der
„Welt von heute“ herrührt.

Es ist unwahr, daß die klare Auskunft
durch den Polizeibeamten in diesem Verichte
umgelogen und die Auskunft durch den Gen-
darmeriekommandanten in ihr Gegenteil um-
gelogen wurde. Wahr ist vielmehr, daß sowohl
die Auskunft durch den Polizeibeamten als
auch durch den Gendarmeriekommandanten
wahrheitsgemäß wiedergegeben wurden.

Es ist unwahr schließlich, daß „Die Welt
von heute“ eine vom Katz eingefandte Verächtigung
nicht gebracht hat, wahr ist vielmehr,
daß „Die Welt von heute“ diese Verächtigung
bereits in ihrer Nummer vom 25. März 1934
veröffentlicht hat.

Für „Die Welt von heute“
Helmut Legler, Herausgeber.

Anmerkung der Redaktion zu dieser Verächtigung:

Wessen Berichterstatter bei den Fallenaauer
Behörden vor sprach und wofür er sich dort aus-
gegeben hat, davon soll bei Besprechung der drit-
ten Verächtigung die Rede sein. Unsere Behaup-
tung, daß die „Welt von heute“ über die Aus-
kunft der Fallenaauer Behörden das gerade Ge-
genteil dessen veröffentlicht hat, was dem Fjörn-
berg von Gendarmerieoberwachmeister Karl Kop-
per und dem Beamten des Polizeiamtes Karl
Lubner gesagt worden ist, halten wir vollinhalt-
lich aufrecht.

Richtig ist, daß die „Welt von heute“ die
prechtliche Verächtigung schon am 25. März
1934 veröffentlicht hat. Die Veröffentlichung er-
folgte aber an derart verächtlicher Stelle und dem-
zufolge in geschwinder Weise, so daß die „Welt
von heute“ vom Gericht zu einem neuerlichen Ab-
druck verhalten werden mußte.

Das eben Gesagte gilt auch von der dritten
Verächtigung, die so aussieht:

Presseberichtigung

des in Nummer 72 des „Sozialdemokrat“ vom
27. März 1934 erschienenen Artikels „Kom-
munistische Verleumderorganisation“.

Es ist unwahr, daß „Die Welt von heute“
dem Genossen Katz ohne jeden Grund vorge-
worfen hat, er habe Millionenbeträge unter-
schlagen und sei geflüchtet, wahr ist vielmehr,
daß „Die Welt von heute“ von einer Klucht
des Abgeordneten Katz überhaupt nicht schrieb
und auch sonst ausdrücklich erklärte, daß es sich
um Wiedergabe von Gerüchten handelt, die eine
Aufklärung erfordern.

Es ist weiter unwahr, daß der Herr,
der für „Die Welt von heute“ in Fallenaau „ge-
sundschafte“ hat, sich bei der dortigen Polizei
als Berichterstatter des „Prager Tagblatt“
ausgegeben hat, wahr ist vielmehr, daß nie-
mand daselbst für „Die Welt von heute“ ge-

(Schluß auf Seite 2)

Staat und Gegenstaat

Von Paul Szende

In Frankreich jagt eine Skandalaffäre die
andere; jeder Tag bringt seine Sensation, kein
Bestandteil des staatlichen Lebens bleibt vom
Skandal verschont, hohe Richter, Generale, Po-
litiker, Staatsanwälte werden gleichmäßig bloß-
gestellt. Der Aufsehende muß zwangsläufig
den Eindruck gewinnen, eine Gangsterbande
habe sich des staatlichen Betriebes bemächtigt und
treibe dort ihr Unwesen. Gleichzeitig geht eine
andere sensationelle Angelegenheit vor sich.
Außer dem parlamentarischen Untersuchungsaus-
schuß, der sich mit den Weiterungen der Sta-
visky-Angelegenheit beschäftigt, ist auch ein zwei-
ter Ausschuß am Werke, um die Hintergründe
und Hintermänner des faschistischen Aufstiegs am
6. Februar zu erforschen. Zwischen den beiden
Affären gibt es zahlreiche Berührungspunkte.
Das Symbol dieses Zusammenhanges ist der
davongejagte Polizeipräsident von Paris, Chiappe,
der einerseits ein Gegner der meisten Verbün-
deten Stabiflys war, andererseits aber dem fachi-
stischen Aufstiege die Mauer machte, die Vorbe-
reitungen desselben förderte.

Außer diesem persönlichen Zusammenhang
haben diese Angelegenheiten noch eine andere
gemeinsame Grundlage. In jedem demokratischen
Staate richtet sich neben dem Staat ein Ge-
genstaat auf und das, was in Frankreich jetzt
vor sich geht, ist nichts anderes, als ein Kampf
zwischen Staat und Gegenstaat. Frankreich
ist ein demokratischer Staat in dem Sinne,
daß es Kleinbürgertum und Arbeiterschaft ge-
lang, sich das Höchstmaß politischer Freiheiten
zu erkämpfen. In der Nachkriegszeit war die
Arbeiterschaft auch stark genug, wichtige sozial-
politische Gesetze durchzusetzen, sie verfügte über
die Mehrheit in den Gemeinderäten zahlreicher
Großstädte und unzähliger Kleingemeinden. Die
Verfassung Frankreichs beruht auf Rechtsgleich-
heit, auf der Gleichheit vor dem Gesetze, die
öffentliche Meinung übt einen großen Druck auf
die Gesetzgebung aus, und zwingt sie, solche
Gesetze zu erbringen, die auch dem Wohle der
arbeitenden Massen dienen. Würde man die
Rechtsgleichheit vollständig verwirklichen und die
Gesetze, die unter dem Druck der arbeitenden
Schichten erbracht worden sind, entsprechend
vollstrecken, dann würde theoretisch der Massen-
staat eines Tages ohne Gewaltmittel aufhören.

Vom ersten Augenblick an, wo in einem
Land die Rechtsgleichheit verkündet wird, sehen
sich diejenigen Massen, Gruppen und Personen,
deren Interessen durch die Verwirklichung der
Rechtsgleichheit und durch den sozialpolitischen
Fortschritt gefährdet wurden, zur Wehr. Ihr
Trachten ist, das Rad der Geschichte rückwärts
zu drehen, den Fortschritt aufzuhalten und bei
scheinbarer Aufrechterhaltung der Rechtsgleich-
heit einen Zustand der tatsächlichen Rechtsun-
gleichheit zu schaffen. Jeder Mensch, der keine
Privilegien verteidigen will, bekämpft und sabo-
tiert die Gesetze, die diese Privilegien einschrän-
ken oder aufheben; allmählich verbinden sich aber
diese Bestrebungen zu gemeinsamen Aktionen;
verschiedene Organisationen, durch das Massen-
interesse auf den Plan gerufen, übernehmen die
Arbeit der Einzelpersonen. Neben dem Staat,
der die Rechtsgleichheit verkündet, entwickelt sich
der Gegenstaat, der die Rechtsgleichheit bekämpft,
neben dem Staat, dessen Hauptfunktion die
Vollstreckung der Gesetze ist, wuchert der Gegenstaat empor, der sich die
Nichtvollstreckung der Gesetze zum
Ziele setzt.

Würde dieser Gegenstaat den Staat offen
bekämpfen, dann wäre die Gegenwehr eine leichtere.
Die Gefahr besteht aber darin, daß Staat
und Gegenstaat vielfach ineinander verflochten
sind, daß die staatlichen Organe zu oft auch Or-
gane des Gegenstaates, der Nichtvollstreckung der

Das Stammeln der Gerichteten

Durch diese gerichtliche Entscheidung findet
ein Vorfall seine Erledigung, der in der Ge-
schichte der proletarischen Publizistik seinesglei-
chen sucht. Es ist wohl noch nie von einer Zeitung
in leichtfertiger und böswilliger Weise eine
Beschuldigung gegen einen proletarischen Ver-
trauensmann erhoben worden als hier. Es ist
traurig, daß ein Zeitungsb Blatt, welches Ar-
beit zu seinen Lesern zählen will, nicht davor zu-
rückgeschreckt ist, Methoden faschistischer und gelber
Zeitungen im Kampfe gegen einen proletarischen
Funktionär weitläufig in den Schatten zu stellen.

Noch das Beste kommt zuletzt.

Gleichzeitig mit dem Verichte über den Aus-
gang des Strittes gegen den verantwortlichen
Redakteur der „Welt von heute“ kommen uns von
dem Rechtsanwalt dieses Blattes, Herrn Doktor
Siegmund Stein, nicht weniger als drei Ver-
ächtigungen zu. Wir wären nicht verpflichtet,
diese Verächtigungen zu veröffentlichen, weil der
jetzige Herausgeber der „Welt von heute“, in des-
sen Namen uns die Verächtigungen zugehen, nicht
legitimiert ist, Tatsachen zu berichtigen, die den
früheren Herausgeber betreffen, da es ferner
überhaupt fraglich ist, ob eine Zeitung als solche
prechtliche Verächtigungen versenden darf und
da wir auch durch kein Gericht dazu verhalten
werden können, gegen unseren Willen, die ver-
leumderischen Behauptungen von neuem zu be-
handeln. Dies umsoweniger, wenn die Kommuni-
sten jetzt selbst bestrebt sind, ihren ursprünglichen
Artikel in möglichst mildem Lichte erscheinen zu
lassen und den Eindruck zu erwecken suchen, als
hätten sie die verleumderischen Behauptungen
eigentlich überhaupt nicht verbreitet. Aber wir
wollen diese Verächtigungen der Herren der
„Welt von heute“ unseren Lesern nicht vorenthal-
ten. Die erste Verächtigung, die uns zuge-
kommen ist, lautet:

Presseberichtigung

des in Nr. 86 des „Sozialdemokrat“ vom 22.
März 1934 erschienenen Artikels: „Wer sind
die Lumbenbunde?“.

Für „Die Welt von heute“

Helmut Legler, Herausgeber.

Anmerkung der Redaktion hierzu:

Die Behauptungen der Presseberichtigung
sind in den wesentlichen Punkten unrichtig. Die
„Welt von heute“ hat spärlichstens aus der von ihr
zweimal veröffentlichten Verächtigung des Genos-
sen Katz erfahren, daß Genosse Katz nicht Revier-
rat ist und keine Arbeitergelder zu verwalten
hat. Unwahr ist es, daß der Gendarmeriekomman-
dant in Fallenaau dem Korrespondenten der „Welt

wandelten Optimisten als verlässlichen Partner bei der Verwaltung des Staates betrachten?

Vielleicht haben die letzten Kundgebungen einiger tschechischer Parteien zugunsten der Demokratie Herrn Henlein inzwischens befehelt, daß sein antidemokratischer Ständegedanke entgegen seinen Erwartungen in der Tschechoslowakischen Republik nicht sehr zeitgemäß ist. Wenn die größten bürgerlichen Parteien des tschechischen Volkes (von den Sozialisten ganz abgesehen) sich zur Demokratie bekennen — wer bleibt für Henlein als tschechischer Partner noch übrig? Die tschechischen Faschisten! Will Herr Henlein mit diesen wirklich den Staat erobern?

Man sieht, in welcher Sackgasse eigentlich Herr Henlein und die Seinen stecken. Man wird weder die sudetendeutsche Einheitsfront schaffen, weil dies angesichts der verschiedensten Wirtschaftsinteressen praktisch unmöglich ist, noch wird man jemals auf die Staatsverwaltung einen maßgebenden Einfluß ausüben. Wenigstens nicht im demokratischen Staate. Und auf den antidemokratischen Ständestaat wird Herr Henlein noch ein Weilchen warten müssen. Der zur Schau getragene Stolz der „Rundschau“ erinnert allzu sehr an das bekannte Sprichwort: „Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz.“

Ausweisung von Schutzbündlern?

Eine Falschmeldung der bürgerlichen und kommunistischen Presse

Durch die bürgerlichen Blätter und selbstverständlich — die kommunistischen Zeitungen, geht eine Meldung, die besagt, daß dreizehn Schutzbündler, die an den österreichischen Kämpfen teilgenommen und im Schutzbündlerlager Chocerad untergebracht waren, von der Polizei aus dem Gebiete der Tschechoslowakischen Republik ausgewiesen worden seien. „Die Welt von heute“ knüpft daran wenig geistreiche Bemerkungen über die Gesinnung der österreichischen Helden, von denen sie sagt, es sei über sie zu Unrecht als über sozialdemokratischen Helden gesprochen worden; diese sozialdemokratischen Arbeiter hätten in dem Augenblick, da sie sich mit der Waffe in der Hand dem Faschismus entgegenstellten, aufgehört, Sozialdemokraten zu sein.

Diese „Theorie“, für die die Schutzbündler nur ein Hohnschloß übrig haben, soll eben durch die Meldung über das Vorgehen gegen die dreizehn Schutzbündler gestützt werden.

Es ist jedoch unklar, daß dreizehn österreichische Schutzbündler ausgewiesen wurden. Wahr ist, daß sich vor einigen Tagen dreizehn Schutzbündler aus dem Lager in Chocerad wegbegeben, nicht, wie die „Welt von heute“ schreibt, wegen „unhaltbarer Verhältnisse“, sondern unter dem Einflusse kommunistischer Agitation. Sieben von den dreizehn haben das Unfug ihres Schrittes sofort eingesehen und sich wiederum bei der Flüchtlingshilfe angemeldet. Sie wurden an anderen Orten untergebracht. Von den übrigen sechs Leuten sind zwei im Augenblick nicht auffindbar, sie haben sich angeblich nach Madno begeben. Es handelt sich da aber nicht um Schutzbündler, sondern um Leute, die behauptet haben, bei den Kämpfen mitgewirkt zu haben, die aber weder Ausweis hatten, noch Zeugen erbringen konnten. Keiner der Schutzbündler hat sie früher gekannt und sie haben nähere Angaben über ihre Rolle bei den Kämpfen beharrlich verweigert.

Selbstverständlich ist nicht dies der Grund der Ausweisung, sondern die Tatsache, daß sie den Anordnungen der Behörden nicht Folge leisteten und durch ihr undiszipliniertes Vorgehen deren Arbeit erschweren, ganz abgesehen davon, daß sie der verlogenen Agitation der Kommunisten Nachdruck gaben, ja, sie durch ihr Verhalten unmittelbar unterstützen. Die vier Leute hätten, wenn sie schon als Mitschüler anerkannt sein wollten, wenigstens die Pflicht gehabt, Disziplin zu halten und den Aufenthalt der Kameraden durch ihr Verhalten nicht in Gefahr zu bringen. Es handelte sich aber um Asoziale, die sich die Folgen ihres Tuns selbst zuschreiben haben. Es braucht wohl nicht erst ausdrücklich versichert zu werden, daß die sozialdemokratische Partei weder direkt noch indirekt die Ausweisung veranlaßt hat. Sie hat von der Ausweisung erst nachher erfahren.

Es ist albern und erfolglos, der Sozialdemokratie nachzusagen, sie tue nicht alles, um die tapferen Schutzbündler zu unterstützen. Die großen Leistungen der Solidarität, die die Schutzbündler immer anerkennen, sprechen eine zu deutliche Sprache, als daß der Schacher mit dem Schicksal der vier Ausgewiesenen, den die Kommunisten treiben, Erfolg haben könnte.

Die Verantwortlichen der Tschechoslowakei, nach deren Hilfe die „Welt von heute“ ruft, haben sich der Flüchtlinge schon zu einer Zeit angenommen, da die Kommunisten noch gar nicht daran gedacht hatten, daß die Schutzbündler überhaupt Hilfe brauchen. Und diese Verantwortlichen, nämlich die Sozialdemokraten, werden den Schutzbündlern weiterhin zur Seite stehen.

Linzer Gefängnisdirektor verhaftet

Im Zusammenhang mit den Erhebungen über die Flucht der politischen Gefangenen aus Linz wurden der Direktor des Gefängnisses Sailer und drei Justizwachbeamte in Untersuchungshaft genommen. Es wird ihnen zur Last gelegt, daß sie die Flucht unterstützt haben.

Die erfahrene Hausfrau



ist stolz auf ihre Kochkunst. Oft verwendet sie die gleichen Zutaten wie andere — und dennoch wird es besser. Das ist eben ihr Können. Genau so ist es bei „Ceres“. Erst die jahrelange Erfahrung, die peinlich hygienische Erzeugung ermöglichen es, das Pflanzenfett edler Früchte so zu verarbeiten, daß auch der schwache Magen des Kranken und Genesenden gerade „Ceres“ so leicht verträglich.

das 100%ige Pflanzenfett

NUR ECHT IN DIESER PACKUNG MIT DEM NAMENSZUG SCHICHT

Die Kirche klagt an...

Papst und Bischöfe gegen die Unterdrückung der katholischen Jugendverbände

Rom, 6. April. Der Papst hat binnen wenigen Tagen nun schon das drittmal in ziemlich heftigen Worten seiner Unzufriedenheit über die Verfolgung der katholischen Jugendverbände in Deutschland Ausdruck gegeben.

„Osservatore Romano“ veröffentlicht heute an leitender Stelle eine Ansprache, die der Papst diesmal an die Vertreter dreier deutscher Jugendvereine gehalten hat. Er erklärte darin, er teile den Schmerz und die Sorgen sowie die Angst der deutschen Jugend. Täglich erhalte er aus Deutschland neue unangenehme Nachrichten. Die Vorsehung werde, wenn man das Vertrauen nicht verliere, zugunsten der mühtigen Märtyrerjugend eintreten. Da, während die verantwortlichen Faktoren verhandlungsbereit sind, andere übel handeln, werde der Papst die Rechte des Glaubens und der Ehre Gottes verteidigen. Denn es handle sich nicht ein falsches Christentum, sondern das Heidentum zu bekämpfen.

Das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem nationalsozialistischen Regime hat sich, wie dem tschechoslowakischen Pressebüro aus Berlin geschrieben wird, in der letzten Zeit sehr unerfreulich gestaltet.

Innsbruck in den Osterfeiertagen gab sich die Unzufriedenheit der katholischen kirchlichen Kreise sehr nachdrücklich kund. Tonangebend war der Ostergruß des Papstes an die katholischen Jugendverbände, der jedoch außer von der „Germania“ von keinem anderen Blatt veröffentlicht werden durfte.

Dieser Kundgebung schlossen sich Kundgebungen einer großen Reihe katholischer Würdenträger an. Der Berliner Bischof Dr. Bares verurteilte in einer Predigt erbittert die Propagierung des

germanischen Kultes in Deutschland mit folgenden Worten:

„Es nicht ein Teufelsopfer, diese ganze gottlose, scivole, heidnische Literatur, die vor unseren Augen in diesen Tagen und Jahren wie Pilze nach dem Regen aus der Erde hervorsproßt? Mühen es diese oder dünne Bücher sein, sie sind alle von der Sünde erflossen und durch die Sünde verkauft, so daß sie die ganze Stadt, das ganze Volk in Fäulnis zu bringen drohen.“

Auch Erzbischof Dr. Groeber hat in seiner Osterpredigt in Freiburg der wachsenden Unzufriedenheit der katholischen Kreise und ihrer Entschlossenheit, in den Kampf für den Glauben einzutreten, Ausdruck gegeben.

Der Bischof von Regensburg Michael hat sich dieser Tage in einer Kundgebung entschieden dagegen verwahrt, daß der Verband der „Katholischen Aktion“ in den amtlichen Publikationen als geheimer Verein angeführt und mit den Freimaurern etc. gleichgestellt werde. Die „Actio catholica“ sei ein persönliches Werk des Papstes, der durch diese Bezeichnung schwer beleidigt sein müsse.

Inzwischen ist aber ein neues amtliches Zirkular erschienen, in dem bestimmt wird, daß die Mitglieder geheimer Vereine, unter denen neuerdings die „actio catholica“ angeführt wird, nicht in die nationalsozialistische Partei aufgenommen werden dürfen.

Heute werden überdies aus Köln und Mainz wieder zwei Verurteilungen von katholischen Geistlichen zu Gefängnisstrafen von vier und sechs Monaten gemeldet, weil sie sich in Privatgesprächen unter vier Augen (!) ungünstig über das Hitlerregime geäußert haben. Der eine der Verurteilten, der 64jährige Pfarrer Janßen, aus Köln, soll nach Verbüßung der Strafe noch „im Interesse der öffentlichen Sicherheit“ in eine geschlossene Anstalt eingeliefert werden.

Frankreich macht auf die deutschen Rüstungen aufmerksam

Paris, 6. April. Die französische Antwortnote auf die englische Rückfrage hinsichtlich eines Abkommens in der Rüstungsfrage ist heute dem französischen Volschaffter in London telegraphisch mit der Weisung übermittelt worden, sie der britischen Regierung zu überreichen.

Die englische Rückfrage hatte sich darauf bezogen, ob Frankreich bereit sei, ein Abkommen über die Begrenzung der Rüstungen unter Beteiligung Deutschlands unter noch zu bestimmenden englischen Durchführungsgarantien zu unterzeichnen.

Die französische Antwort ist recht kurz: Es heißt darin u. a., die von der britischen Regierung gestellte Rückfrage sei allzu allgemeiner Charakter, als daß Frankreich bereits grundsätzlich ohne Zögern seine Zustimmung zu einem solchen garantierten Rüstungsabkommen geben könnte.

Vor allem wolle Frankreich wissen, welche Effektivkräfte und welches Rüstungsmaterial England Deutschland bewilligen wolle und welches Militärstatut Frankreich nach Ansicht Großbritanniens haben solle. Erst bis die französischen entscheidenden Kreise in diesen wesentlichen Punkten volle Klarheit haben werden, werde sich Frankreich äußern können.

Eine „Legalisierung“ der Aufrüstung des Deutschen Reiches, dessen Heeresbudget im übrigen trotz den Deutschland durch den Versailler Vertrag

aufgelegten Beschränkungen ständig wachse — hätte zweifellos zur Folge, daß auch die übrigen Mächte, denen Rüstungsbeschränkungen auferlegt wurden, ähnliche Aufrüstungsforderungen stellen würden.

Der französische Außenminister wird seinem englischen Kollegen in nächster Zeit jene Durchführungsgarantien bekanntgeben, die Frankreich für notwendig hält, um eine Verletzung der geplanten internationalen Abrüstungskonventionen zu verhindern.

1,5 Millionen Schilling

von Arbeitern für die Wiener Opfer gesammelt

Wien, 6. April. (Eigenbericht.) Nach anfänglichen Schwierigkeiten beginnt jetzt die Hilfe der internationalen Solidarität der Arbeiter für die Heberopfer wirksam zu werden. Die Opfer der Wiener Hebertage sollen wenigstens vor dem Hunger gerettet werden, durch den sie die offiziellen Stellen in die vaterländische Front hineinpressen möchten.

Da sich eine Verteilung der gesammelten Gelder durch sozialdemokratisch geneigte Personen als nicht möglich erwiesen hat, wurde mit der Durchführung der internationalen Hilfsaktion die Ortsgruppe der englischen Society of Friends betraut.

200 Nazi gegen Revers entlassen

2500 Sozialdemokraten im Gefängnis

Wien, 6. April. Auf einem Empfang der Auslandspresse teilte der Staatssekretär für das Sicherheitswesen mit, daß sich in den österreichischen Konzentrationslagern gegenwärtig insgesamt 150 Nationalsozialisten und 114 Sozialdemokraten befänden.

Die Regierung habe der geänderten Haltung der nationalsozialistischen Parteigänger Rechnung getragen und in den letzten vier Wochen 200 Nationalsozialisten entlassen. Diejenigen Nationalsozialisten, die sich freiwillig verpflichteten, nicht mehr gegen die gesetzlich bestehende Ordnung vorzugehen, würden sofort entlassen; andere Verpflichtungen würden von ihnen nicht gefordert.

Die Zahl der sozialdemokratischen Häftlinge in den Gefängnissen wurde mit 2000 bis 2500 angegeben.

Genossin Wallisch des Hochverrates angeklagt

Wien, 6. April. In der nächsten Woche wird die Gattin des hingerichteten Genossen Solomon Wallisch vor ein Geschworenengericht gestellt werden. Sie wird zusammen mit einer Genossin Marie Fethner wegen Hochverrates angeklagt, da die beiden Frauen angeblich die kämpfenden Schutzbündler mit Nahrungsmitteln und Proviant versehen haben. Nach dem Tode ihres Mannes ist die Genossin Wallisch in der Untersuchungshaft vollkommen zusammengebrochen.

Die Kolonisierung beginnt

Lippowin-Platz geht in italienische Hände über

Berlin, 6. April. Das DNV meldet aus Wien: Die verlaunter, hat eine italienische Finanzgruppe die Aktienmehrheit des „Neuen Wiener Journal“ erworben. Das Blatt soll zum Blatt des Heimataufbau ausgetauscht werden. Der Rest der Aktien bleibt in den Händen des alten Besitzers Lippowin. Damit habe Italien zum ersten Male direkt Einfluß auf die österreichische Publizistik genommen.

Die neuen Vizebürgermeister

Der neuernannte Bürgermeister der Stadt Wien hat zu seinen Stellvertretern ernannt: den Stellvertreter des Führers des Wiener Heimatschutzes den Major a. D. Labr, den Kommerzialrat Kresse und den Schriftsteller Doktor Ernst Karl Winter.

Ausgerechnet in Italien

pompöse „Parlaments“-Eröffnung

Rom, 6. April. Das neu gewählte italienische Parlament wird am 28. April unter besonderem Zeremoniell und mit bisher noch nie angewandtem Besuche eröffnet werden. Der König, die Königin und alle Mitglieder des königlichen Hauses werden sich an dieser Eröffnungsbildung beteiligen. Eigene Galawagenzüge werden den König, die Königin und die Prinzessinnen unter Geschützfalven und Glockengeläute zum Parlament geleiten. Der König wird dann von einem eigens errichteten Throne aus die Eröffnungsworte halten, worauf alle 400 Deputierten nach Vereidung der neuen Eidesformel ihren Eid ablegen.

Puji will seine Ahnen besuchen

Chinesische Regierung droht mit Verhaftung.

Shanghai, 6. April. Die chinesische Regierung erklärte, für den Fall, daß Kaiser Puji seinen Plan, nach China zu reisen, ausführen sollte, seien sämtliche chinesische Staatsbehörden angewiesen, ihn sofort zu verhaften, da er nach dem Gesetz chinesischer Staatsangehöriger sei und Hochverrat gegen die Chinesische Republik begangen habe. Um weitere politische Verwicklungen zu vermeiden, bitte die chinesische Regierung die japanischen amtlichen Stellen, Kaiser Puji in seinem eigenen Interesse, von einer Reise nach China abzuraten.

Als Zweck dieser Reise war angegeben, daß Puji die Gräber seiner Ahnen bei Peking besuchen wolle.

